

# Ja zu zwei PV-Anlagen im Kurort – aber mit Auflagen

Gemeinderat gibt grünes Licht für zwei Bauvoranfragen in Angering und Aufhausen – Bürgerbeteiligung ist möglich

Von Celina Eckert

**Bad Füssing.** Es war im Jahr 2009, als der Gemeinderat grundsätzlich beschloss, keine Freiflächen-Photovoltaikanlagen in der Gemeinde zuzulassen. Nicht zuletzt, um das Ortsbild des Kurorts zu schützen. Im Juli dieses Jahres nun kippte das Gremium diesen Grundsatzbeschluss. Man hatte erkannt: Es ist in Zeiten der Energiewende nicht mehr zeitgemäß, sich generell gegen Solarparks zu stellen. Dennoch will man auch künftig eine Flut von Anträgen für Solarparks und damit einen drohenden Wildwuchs solcher Anlagen im Kurort verhindern.

## Die Anlage in Angering wird halbiert

Um das Ganze in geregelte Bahnen zu lenken, hat die Gemeinde ein Standortkonzept erstellen lassen, auf welchen Flächen PV-Anlagen grundsätzlich denkbar sind – und wo sie vor allem auf keinen Fall entstehen sollen. Der Gemeinderat gab im Juli grünes Licht dafür. Letztendlich ist das aber kein Freibrief für Antragsteller, dass auf den sogenannten „geeigneten Flächen“ auf jeden Fall Module aufgestellt werden dürfen. Bürgermeister Tobias Kurz betonte damals: „Die Entscheidung, ob eine Anlage gebaut wird, liegt bei uns. Und sie wird für jeden Einzelfall gesondert gefällt.“

Und eben eine solche Entscheidung hatte der Gemeinderat nun in seiner jüngsten Sitzung zu treffen – genauer gesagt zwei. Denn kaum ist der PV-Anlagen-Grundsatzbeschluss gekippt, hat sich das Gremium auch schon mit zwei Voranfragen zum Bau solcher Solarparks zu befassen: einen bei Angering und einen bei Aufhausen.



**Ohne weitere Solarparks ist die Energiewende** nicht zu schaffen. Deshalb hat Bad Füssing im Juli auch den Grundsatzbeschluss aus dem Jahr 2009 gekippt, im Gemeindegebiet keine weiteren Freiflächen-Photovoltaikanlagen zuzulassen. In der jüngsten Sitzung hatte sich das Gremium mit zwei Bauvoranfragen für Freiflächen-Photovoltaikanlagen zu befassen – und stimmte beiden unter Auflagen zu. – Foto: picture alliance/dpa/Patrick Pleul

Bei Angering wurden beide Bauvoranfragen genehmigt – allerdings mit Auflagen.

Wie die Gemeinderatsmitglieder anhand der Pläne erfuhren, ist die insgesamt 10,7 Hektar große PV-Anlage in Angering auf zwei gegenüberliegenden Grundstücken aufgeteilt. Der Bauausschuss hatte sich die Örtlichkeit übrigens bereits in der vergangenen Woche bei einem Ortstermin angeschaut. Und ist zu dem Ergebnis gekommen, dass nur eines der beiden Areale geeignet ist, um darauf eine PV-Anlage zu errichten. „Die Anlage auf dem linken Grundstück

wäre auch mit Eingrünung noch sehr gut zu sehen“, erklärte Bürgermeister Tobias Kurz den Grund für die Entscheidung. „Wir sind ein Kurort, da ist es wichtig, das Landschaftsbild zu erhalten“, fügte er hinzu. Der rechte Standort ist, dank des Waldes rundherum, geeignet für das Bauvorhaben. Durch diese Planänderung verringert sich die Größe der Freiflächen-Photovoltaikanlage, mit Einbußen von 5,5 Hektar und umgerechnet fünf Megawatt Strom, um etwa die Hälfte.

In Aufhausen, hier ist die PV-Anlage auf einer Fläche von 8,2

Hektar geplant, gibt es, was das Grundstück betrifft, ein anderes Problem: Zwar ist das Areal durch die bestehenden Hochspannungsmasten für eine PV-Anlage geeignet, doch laut Flächennutzungsplan könnten sich Denkmäler im Boden befinden. Erst wenn sichergestellt wird, dass dies nicht der Fall ist, darf gebaut werden.

Eine weitere Forderung des Gemeinderats für die Genehmigung der beiden Anlagen, ist die Speicherung von überschüssigem Strom, der hier produziert wird. In Zeiten, in denen die Sonne am meisten scheint, kann es vorkom-

men, dass Photovoltaikanlagen mehr Strom produzieren, als nötig. „In solchen Fällen ist ein Stromspeicher sinnvoll“, erklärte Georg Sterner, CFO der Firma Solea AG, die die Anträge eingereicht hatte. Er war persönlich zur Sitzung gekommen, um Fragen zu beantworten. „Der Stromspeicher kann bis zu 500 Kilowatt aufnehmen und den Strom, wann immer er benötigt wird, ins Netz einspeisen“, verdeutlichte er.

Den Brandschutz der Speicher sprach Gemeinderat Daniel Lorenzer an. Doch auch hier konnte Georg Sterner die Gemeinderäte

beruhigen: „Neben einer eingebauten Bodenplatte sorgt auch eine Temperaturmessung der Speichereinheiten für die nötige Sicherheit“, antwortete er.

## Kommune ist als Gesellschafter mit dabei

Stehen die beiden Solarparks, möchte die Firma Solea AG als GmbH und Co. KG an den Photovoltaikanlagen beteiligt sein. Die Kommune wäre als Gesellschafter ebenfalls in die Projekte mit einbezogen. Damit auch die Bürger sich an den PV-Anlagen beteiligen können, soll auch die letzte Bedingung des Gemeinderates erfüllt werden. Danach kann jeder voll geschäftsfähige Bürger mit einer Bad Füssinger Postleitzahl sich mit maximal 10 000 Euro an den Anlagen beteiligen. Das Geld wird mit fünf Prozent, über einen Zeitraum von fünf bis sieben Jahren, verzinst. „Durch dieses Konzept könnte die Akzeptanz unter den Bürgern für die PV-Anlagen steigen“, meinte Kurz. Vorfinanziert wird die Bürgerbeteiligung durch die Solea AG. „Dadurch gehen die Bürger kein Risiko ein, falls während dem Bau etwas schief laufen sollte“, sagte Sterner. Bis es soweit ist, dauert es allerdings noch ein paar Jahre, zunächst müssen erst der Bebauungsplan aufgestellt und der Flächennutzungsplan geändert werden.

Obwohl das Bauprojekt noch in den Kinderschuhen steckt, blicken die Gemeinderäte schon weit in die Zukunft. So ist die Lebensdauer einer Photovoltaikanlage etwa auf 30 Jahre angesetzt. „Die Solea AG kümmert sich auch um den Rückbau“, versichert Sterner auf die Nachfrage von Gemeinderat Wolfgang Doppelhammer.